

Stellungnahme der Interessengemeinschaft WIR für Bergen zur geplanten Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge im Zentrum der Stadt Bergen auf Rügen

Sehr geehrter Herr Drescher,

wir, die Unternehmer der Stadt Bergen auf Rügen, bitten Sie, die Entscheidung, den Ratskeller als Flüchtlingsunterkunft zu beziehen, abzulehnen.

Die Nutzungsänderung des Hotels und Gaststättenbetriebes Ratskeller steht im massiven Widerspruch zur innerstädtischen Entwicklung und gefährdet den Tourismusstandort Bergen auf Rügen.

Dennoch und mit großem Enthusiasmus befürworten wir die menschenwürdige und sinnvolle Unterbringung von Flüchtlingen in unserer Stadt und heißen integrationswillige Asylbewerber herzlich willkommen.

Aus unserer Sicht muss es möglich sein, beide Ziele zu erreichen und nicht das eine zugunsten des anderen aufzugeben. Deshalb begrüßen wir die Initiativen der Stadt Bergen auf Rügen Gemeinschaftsunterkünfte, zum Beispiel in der Groneschule oder im Golfcity herzurichten. Also Alternativen sind benannt und mit gutem Willen des Landkreises zügig herzurichten.

Besonders das Zentrum unserer Stadt ist vom immensen Kaufkraftverlust, den die Kreisgebietsreform mit sich gebracht hat, betroffen. Jedes Jahr müssen mehr und mehr Geschäfte schließen.

Wenn jetzt auch noch im Herzen der Stadt eine Gemeinschaftsunterkunft für 150 Flüchtlinge eingerichtet wird, ist dies „der Todesstoß“ für unsere Innenstadt. Unser Zentrum wird zu einem sozialen Brennpunkt, der potentielle Gefahren sowohl für die Asylbewerber als auch für die Einwohner und Berufstätige mit sich bringt.

Es ist keinem der ansässigen Wirtschaftstreibenden und zukünftigen Investoren zuzumuten, unkalkulierbare Risiken einzugehen. Weitere Umsatzeinbrüche durch Wegfall der Touristen sind nicht verkraftbar und führen zu einer Verweisung der Innenstadt.

Als Landrat des Kreises Vorpommern-Rügen setzen wir darauf, dass Sie die Interessen Ihrer Bürger, zu denen auch wir gehören, vertreten.

Können wir hier mit Ihrer Unterstützung rechnen?